

Berner Regierungsrat lehnt Bildungsinitiative ab

Category: Blog

geschrieben von Alain Pichard | 29. August 2025



Zur Erinnerung: Die kantonale Bildungsinitiative -Anfang des letzten Jahres hauptsächlich von Bildung Bern lanciert - verlangt eine Anpassung der Kantonsverfassung für Qualitätssicherung. Kanton und Gemeinden sollen für eine Bildung «von flächendeckend hoher Qualität» sorgen und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Damit beschreitet dieser Vorstoss denselben Weg, wie die angenommene und letztlich wirkungslose Pflegeinitiative (siehe: <https://condorcet.ch/2024/01/wann-kommt-die-initiative-fuer-einen-ausgewogenen-regenfall/>)



Alain Pichard, Lehrer
Sekundarstufe 1, GLP-
Grossrat im Kt. Bern
und Mitglied der
kantonalen
Bildungskommission:
Wunschprosa gehört
nicht in die Verfassung.

Es handelt sich bei dieser Initiative um das immer gleiche Muster, via Gericht Massnahmen zu fordern, die in der harten politischen Debatte um Ressourcen und Treffsicherheit oft abgelehnt werden. Hehre und schwammige Ziele haben aber in einer Verfassung nichts zu suchen. Fragen der Unterrichtsqualität hängen nicht nur vom Geld ab, ganz abgesehen davon, dass die Ausgaben im Bildungsbereich stetig steigen. Und was genau "Bildungsqualität ist, da gibt es ja durchaus unterschiedliche Ansichten.

Und auch der grassierende Lehrkräftemangel lässt sich wohl kaum mit einem Wunschprosa-Artikel beheben.

Der regierungsnahe und politisch weitgehend impotente Personalverband der Lehrkräfte (Bildung Bern) hat für den aktuell grassierenden Qualitätsverfall im Unterricht durchaus eine Mitverantwortung.

Denn Lehrkräftemangel und Illetristenquote haben auch mit den Reformen der letzten Jahre zu tun: Lektionenausweitung durch Lehrplan 21, überladene Lehrpläne, Frühfranzösisch, Frühenglisch, Digitalisierung, Bewertung der überfachlichen Kompetenzen, ständige Ausweitung der Lernziele, Kreuzchenorgie in Zeugnissen, die Pflicht, über jedes Elterngespräch ein Protokoll zu führen, unausgegorene Inklusionsprojekte, Sitzungsmarathons, Weiterbildungsdokumentationen, die ständige Bevormundung seitens der Behörden, die den freien Gestaltungsraum einengen, Konzeptionitis auf allen Stufen... usw. All diese Massnahmen haben unsere Gewerkschaftskollegen in den Berufsorganisationen teilweise frenetisch unterstützt.

Würde man das Frühfranzösisch abschaffen und in die 5. Klasse verlegen, den Lehrplan entschlacken und sich auf zentrale Bildungsziele einigen, wäre schon einiges erreicht.

Die Regierung lehnt denn auch diesen Wunschprosa-Katalog auf Verfassungsstufe ohne Gegenvorschlag ab.